

BUNDESMINISTERIUM
FÜR
AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN

WIEN, am 4. Juni 1985

DVR: 000060

Zl. 301.13/7-IV.2/85

II-2806 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVI. Gesetzgebungsperiode

Parlamentarische Anfrage der
Abg. Dr. Gugerbauer und Probst
an den Bundesminister für Aus-
wärtige Angelegenheiten betref-
fend Bemühungen Österreichs zur
Einführung eines einheitlichen
Reisepasses für alle Mitglied-
staaten des Europarates

1232 IAB

1985-06-14

zu 1278 J

An den

Herrn Präsidenten des Nationalrats

Parlament
1017 Wien

Die Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Gugerbauer und Probst haben am 8. Mai 1985 unter der Nummer 1278/J an mich eine schriftliche Anfrage betreffend Bemühungen Österreichs zur Einführung eines einheitlichen Reisepasses für alle Mitgliedstaaten des Europarates gerichtet, welche den folgenden Wortlaut hat:

- "1. Wie beurteilen Sie die Möglichkeiten der Schaffung eines einheitlichen europäischen Reisepasses für alle Mitgliedstaaten des Europarates?
2. Wird Österreich im Rahmen des Europarates tätig werden, um die Idee eines einheitlichen Reisepasses für alle Mitgliedstaaten des Europarates zu realisieren?"

Ich beehre mich, diese Anfrage wie folgt zu beantworten:

Zu 1.

Beim sogenannten EG-Paß handelt es sich um weitgehend in Format und Aussehen harmonisierte nationale Pässe der einzelnen Länder,

- 2 -

welche schrittweise zur Ausgabe gelangen.

Österreichischerseits würde die Schaffung eines vereinheitlichten Reisepasses der Mitgliedstaaten des Europarates grundsätzlich begrüßt werden.

Zu 2.

Österreich setzt sich im Europarat bereits aktiv für eine Harmonisierung der nationalen Pässe über den genannten EG-Raum hinaus zwischen den Europarats-Mitgliedstaaten ein.

Damit soll insbesondere eine Vertiefung der Spaltung der Mitglieder des Europarates in EG- und Nicht-EG-Staaten vermieden werden, wie sie die Einführung der harmonisierten nationalen EG-Pässe vor allem im Zusammenhang mit gewissen Reiseerleichterungen - eigene EG*-Spuren an den Straßenübergängen der Gemeinschaft - durch Diskriminierung von Angehörigen von Nicht-EG-Staaten mit sich bringt.

Die diesbezüglichen, im ad-hoc-Komitee für Identitätsdokumente und Personenverkehr (CAHID) des Europarates unternommenen österreichischen Aktivitäten stießen zwar bisher auf einigen Widerstand, werden aber dessen ungeachtet fortgesetzt.

Der Bundesminister für
Auswärtige Angelegenheiten:

